Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12121**

18. Wahlperiode 26.04.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Omid Nouripour, Katrin Göring-Eckardt, Cem Özdemir, Agnieszka Brugger, Annalena Baerbock, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Franziska Brantner, Uwe Kekeritz, Tom Koenigs, Dr. Tobias Lindner, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Jürgen Trittin, Doris Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für einen radikalen Kurswechsel in der Jemenpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Jemen wird seit zwei Jahren von einem blutigen Krieg zermürbt. Dieser Krieg hat zur größten humanitären Krise der Welt geführt. Auf unverantwortliche Weise und ohne jeglichen politischen Plan haben Staaten von innerhalb und außerhalb der Region in den ursprünglich innerjemenitischen Konflikt eingegriffen. Eine Koalition vornehmlich arabischer Staaten unter Führung Saudi-Arabiens und mit Unterstützung der USA fliegt seit Ende März 2015 Luftangriffe, rüstet Kämpfer am Boden aus und hat auch eigene Truppen in den Jemen entsandt. Die Koalition der Houthi-Milizen mit dem ehemaligen Diktator Ali Abdullah Saleh wird vom Iran unterstützt.

Tausende Zivilistinnen und Zivilisten wurden durch die militärischen Auseinandersetzungen getötet, viele weitere starben an Hunger und heilbaren Krankheiten. Millionen Menschen leiden unter dem fast vollständigen Kollaps öffentlicher Dienstleistungen inklusive der Gesundheitsversorgung und der großflächigen Zerstörung ziviler Infrastruktur im ärmsten Land der arabischen Halbinsel. Allein in den letzten zwei Jahren wurden drei Millionen Menschen vertrieben. Sieben Millionen Menschen sind von Hungersnot bedroht; alle 10 Minuten stirbt in Jemen ein Kind an Hunger. Fast die gesamte Bevölkerung ist mittlerweile von humanitärer Hilfe abhängig. Der Import von Lebensmitteln und die Lieferung humanitärer Güter werden durch umständliche Kontrollmechanismen und den schwierigen Zugang zu Häfen erschwert. Durch die Schließung des Flughafens Sana'a können Jemenitinnen und Jemeniten für medizinische Behandlungen das Land nicht mehr verlassen.

Durch die Bombardierungen ist zudem das einzigartige Kulturerbe des Landes in Gefahr, darunter die Altstadt von Sana'a. Ihre Zerstörung wäre ein unermesslicher Verlust für die kulturelle Identität des Landes.

Alle kämpfenden Parteien im Jemen haben massive Kriegsverbrechen begangen und verstoßen täglich gegen humanitäres Völkerrecht. Sowohl die Houthi-Milizen und Saleh als auch die nominelle jemenitische Regierung unter Abd Rabbuh Mansur Hadi und ihre internationalen Verbündeten setzen Kindersoldaten ein, attackieren wissentlich Zivilistinnen und Zivilisten, foltern und töten Gefangene und erschweren die Lieferung humanitärer Hilfe.

Eine große Fluchtbewegung aus dem Land ist bislang nur wegen der äußerst schwierigen Fluchtmöglichkeiten ausgeblieben. Dschihadistische Organisationen wie Al-Qaida profitieren von dem Konflikt.

Auch Deutschland und einige seiner engsten Verbündeten sind an diesem Krieg beteiligt. Fast alle Mitglieder der Golfstaaten-Koalition sind Empfänger von direkten oder indirekten Waffenlieferungen aus Deutschland. Zudem produziert Saudi-Arabien in Lizenz deutsche Gewehre. Die Zerstörung des Jemen wird auch mit deutschen Waffen betrieben. Die USA und Großbritannien sind aktiv in die Planung und Durchführung der Luftangriffe involviert. Unter der Regierung Donald Trumps scheint die US-Regierung ihren militärischen Einsatz im Land auszuweiten und dabei immer weniger Rücksicht auf die Vermeidung ziviler Oper zu nehmen. Deutschland und Europa müssen deswegen deutlicher als je eine Stimme für ein Ende des Kriegs und für die humanitäre Versorgung der Jemenitinnen und Jemeniten sein. Die Resolution des Europäischen Parlaments zum Stopp aller europäischen Waffenexporte an die kriegsführenden Staaten ist ein guter Ausgangspunkt für eine solche Politik und muss dringend von den EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Die Antwort der internationalen Gemeinschaft, der Bundesregierung und ihrer Partner war bislang viel zu zaghaft und einseitig. Die Resolution des VN Sicherheitsrats 2216(2015) ist einseitig. Sie verurteilt zwar zu Recht das militärische Vorgehen der Houthi-Milizen und ihrer Verbündeten, schweigt aber zur Eskalationsstrategie der saudi-arabisch geführten Koalition. Selbst der Versuch, eine unabhängige Untersuchung der Kriegsverbrechen beider Seiten zu unternehmen, wurde durch Saudi-Arabien im UN-Menschenrechtsrat torpediert. Die an ihrer Statt eingesetzte Kommission der Regierung hat einen einseitigen Zwischenbericht vorgelegt, der internationalen Standards nicht genügt. Wenn sich so eine der Konfliktparteien nun zur Richterin macht, ist eine gerechte und unabhängige Aufarbeitung der begangenen Verbrechen nicht möglich.

Der Krieg im Jemen ist weder einfach ein Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran, noch ein konfessioneller Konflikt. Der Einfluss der iranischen Regierung auf und ihre Unterstützung für die Houthis ist begrenzt. Die islamische Republik aber gießt mit ihrer Unterstützung für die Houthis weiter Öl in das Feuer. Dieses illegitime Engagement kann aber keine Entschuldigung für die großflächigen saudischen Bombardements sein. Denn letztlich haben diese Bombardements den Krieg im Jemen im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung erst zu einem Regionalkrieg gemacht.

Der Konflikt ist im Wesentlichen eine Auseinandersetzung um die Ressourcen- und Machtverteilung im Jemen. Für diese Fragen muss eine Lösung gefunden werden, die eine faire Teilung der Macht und einen Übergangsprozess zu einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung vorsieht. Die bereits erzielten Ei-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

nigungen bei den Gesprächen in Kuwait im Jahr 2016 weisen in die richtige Richtung. Das vordringlichste Ziel muss ein rascher Waffenstillstand und die humanitäre Versorgung der gesamten Bevölkerung sein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. ihre Jemen-Politik grundlegend zu ändern, sich deutlich vom Vorgehen der saudi-arabisch geführten Militärkoalition zu distanzieren und jegliche Lieferungen von Rüstungsgütern an die ihr angehörenden Staaten vollständig einzustellen;
2. die iranische Parteinahme für die Houthis und deren illegitime Machtübernahme klar zu verurteilen und die iranische Regierung aufzufordern, zur Deeskalation der Lage beizutragen;
3. sich im Sinne der Resolution des Europäischen Parlaments bei seinen europäischen Partnern für einen vollständigen Lieferstopp europäischer Waffen an die kriegsführenden Staaten einzusetzen;
4. sich sowohl gegenüber Saudi-Arabien als auch gegenüber den Houthis und ihren Verbündeten für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen;
5. sich gegenüber der US-Regierung und der Regierung Großbritanniens für ein Ende der militärischen Unterstützung der saudi-arabisch geführten Koalition einzusetzen;
6. sich für einen freien und direkten Zugang zu allen Häfen einzusetzen;
7. sich für eine Wiedereröffnung des Flughafens Sana'a für den zivilen Luftverkehr einzusetzen;
8. die Arbeit an einer Friedenslösung, vor allem auch des Sondergesandten der Vereinten Nationen für den Jemen, nach allen Kräften zu unterstützen;
9. ihre Beiträge zur humanitären Hilfe für die jemenitische Bevölkerung noch weiter zu erhöhen und ihre Partner ebenfalls dazu aufzurufen;
10. die humanitäre Hilfe für die Länder für Jemen, Südsudan, Somalia und Nigeria auf insgesamt 1 Mrd. Euro zu erhöhen;
11. alle Nachbarländer, insbesondere Dschibuti, aber auch Somalia und die Region Somaliland, politisch und materiell bei der Aufnahme der jemenitischen Flüchtlinge zu unterstützen;
12. sich im Rahmen des VN-Sicherheitsrats für eine Resolution einzusetzen, die das Vorgehen aller Konfliktparteien verurteilt und den bedingungslosen Zugang für humanitäre Hilfe fordert;
13. sich im Rahmen des VN-Menschenrechtsrats für die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Kriegsverbrechen einzusetzen mit dem Ziel, diese Verbrechen rechtlich zu verfolgen und Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen;
14. allen Hinweisen auf den Einsatz verbotener Waffen wie Streubomben nachzugehen;
15. weiter aufzuklären inwieweit Rüstungsgüter deutscher Unternehmen oder deren Tochterunternehmen im Jemenkrieg durch die einzelnen Konfliktakteure eingesetzt wurden und werden;
16. die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Jemen dazu zu nutzen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, Menschenrechte und Zivilgesellschaft zu stärken und so zur politischen Stabilisierung und Transformation beizutragen;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

17. sich als Vermittlerin für einen politischen Übergangsprozess und eine langfristig angelegte Befriedung des Landes anzubieten;
18. sich dem Golf-Kooperationsrat gegenüber dafür stark zu machen, dass die kriegführenden Staaten die Verantwortung für den Wiederaufbau Jemens tragen müssen;
19. sich für den Schutz der Weltkulturerbestätten Jemens einzusetzen.

Berlin, den 25. April 2017

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.